

Erstwohnsitzkampagne weiter aussetzen
Antrag: SPD

Seite HH-Plan	Produktgruppe	Kontierungsobjekt		Plankonto/FiPo
450	5710-800			
Aufwand (in Euro)				
2024	2025	2026	2027	2028
-900.000	-900.000	-900.000	-900.000	-900.000
Wählen Sie ein Element aus				
2024	2025	2026	2027	2028

Die Karlsruher Erstwohnsitzkampagne wurde 2007 implementiert. 2022 und 2023 wurde sie zur Haushaltssicherung im Rahmen des 10-Punkte-Plans ausgesetzt, um einen einmaligen Beitrag zur Genehmigungsfähigkeit des Doppelhaushalts 2022/2023 zu erbringen, aber auch die Auswirkungen auf den kommunalen Finanzausgleich näher zu beleuchten. Die Erstwohnsitzkampagne wurde in der Mittelfristigen Finanzplanung des Doppelhaushalts 2022/2023 mit 1,2 Millionen Euro ab 2024 fortgeschrieben.

Die Ummelde-Zahlen lagen in den Vor-Corona-Jahren durchschnittlich bei 4.500 pro Jahr. Seit Jahressende 2019 schrumpfte die Einwohnerzahl der Fächerstadt – ohne Berücksichtigung der Personen in der LEA – um 1,9 Prozent bzw. 5.820 Personen. Diese Einwohnerverluste konzentrieren sich auf Personen im Alter von 18 bis unter 40 Jahren. Die Zahl der Personen im Ausbildungs- und Studierendentalter (18 bis 25) sank seit Pandemiebeginn um 9,3 Prozent (3.118 Personen). Die Altersgruppe der jungen Erwachsenen war somit am stärksten betroffen. Zu dem Rückgang der Erstwohnsitze lässt sich zudem feststellen, dass der erhoffte Zuwachs an Zweitwohnsitzmeldungen nicht eingetreten ist. Dem zu Folge sinken die kommunalen Schlüssel-zuweisungen des Landes. Aus der Erstwohnsitzkampagne sind ebenso wie aus der Einführung der Zweitwohnsitzsteuer positive Effekte als Mehreinnahmen zu verzeichnen. Die Hebelwirkung der Erstwohnsitzkampagne von 900.000 Euro pro Jahr ist sehr positiv. Die Mehreinnahmen im Kommunalen Finanzausgleich bewegen sich bei 4.500 Ummeldungen pro Jahr bei rund 8 Millionen Euro.

Der Wifö-Ausschuss hat sich in seiner Sitzung am 13. Oktober 2022 (Top 2 der Sitzung) im Rahmen der Haushaltssicherungsmaßnahmen der Wirtschaftsförderung für eine Fortführung der Erstwohnsitzkampagne mit einem reduzierten Budget von 900.000 Euro ausgesprochen.

Die Verwaltung empfiehlt, den Antrag abzulehnen.